

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/68

8. April 1974

Eine Basis für die Entspannung

Auflösung der Militärblöcke würde Koexistenz ge-
fährden

Von Hermann Schmidt-Würgendorf MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Die Unvernunft des Fußball-Bundes

Wollen die DFB-Funktionäre gar keine Beziehungen
zur DDR?

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

SPD Hessen-Süd formiert sich zum Kampf

Praktizierte Solidarität hilft die Wahl gewinnen

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Eine Basis für die Entspannung

Auflösung der Militärblöcke würde Koexistenz gefährden

Von Hermann Schmidt-Wirgendorf MdB

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Ein Vierteljahrhundert können die NATO-Partner auf die größte militärische Allianz der westlichen Welt in diesem Jahr zurückblicken. Sowjetischer Expansionsdrang, der die Sicherheit der freien europäischen Staaten bedrohte, erzwang dieses Bündnis. Seit seiner Gründung ist die Expansion der UdSSR gestoppt worden. Die NATO hat auch das Kräftegleichgewicht der Militärblöcke hergestellt und damit die Bedrohung der Freiheit der westlichen Welt abgewendet. Auch weiterhin wird es ihre Aufgabe sein, den internationalen Frieden zu bewahren und die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten zu stärken. Die NATO ist nicht nur ein Defensivbündnis, das jedem Angriff, sei er militärischer oder politischer Art, Widerstand zum Schutz der verbündeten Völker entgegensetzen wird, sondern sie betreibt auch eine Friedenspolitik, in der Verteidigung und Entspannung gleichrangig nebeneinander stehen.

Die NATO-Partner sind für Abrüstung und Entspannung und versuchen in diesem Sinn auf die internationale Atmosphäre Einfluß zu nehmen. Sie unterstützen die verschiedenen Bemühungen, durch Vereinbarungen zu einer Umkehr des Wettrüstens zu gelangen. Sie wachen aber auch darüber, daß sich die militärische Lage in Europa nicht zu Ungunsten des Westens verändert und dadurch die Sicherheit Europas gefährdet wird. Heute wie in Zukunft ist Europa auf den Schutz und die Hilfe der Vereinigten Staaten angewiesen. Nicht immer wird dies gebührend berücksichtigt. Mißverständnisse und Mißstimmungen unter den Partnern sind die bedauerliche Folge. Wir sollten uns deshalb bemühen, das allgemein gute Verhältnis zu den USA und auch zu unseren anderen Partnern nicht unnötig zu belasten oder gar zu gefährden.

Die deutschen Mitglieder in den Ausschüssen und im Parlament der NATO nutzen Sitzungen und Besprechungen zum Meinungsaustausch mit ihren Partnern. Zwar ist jeder Bündnispartner in seinen Entscheidungen frei. Die NATO

kann also keine ihre Mitglieder bindenden Beschlüsse fassen, doch liegen ihren Empfehlungen hohe Übereinstimmungen der Partner zugrunde und werden deshalb in der Regel befolgt. In nahezu allen wichtigen Punkten gibt es Einigkeit, so z.B. zur Frage der Nuklearbewaffnung Europas und der Bundesrepublik Deutschland. Hier haben die deutschen Regierungsvertreter die Nukleareusrüstung der Bundesrepublik Deutschland eindeutig abgelehnt. Nur im Falle der Vereinigung Europas unter einer eigenen politischen Führung ist eine solche Option denkbar.

Die Ausgewogenheit des Kräftegleichgewichts, das nur durch die Konzentration aller Kräfte im Bündnis erreichbar ist, bildet auch in Zukunft die solide Basis für Entspannung und Frieden. Eine Auflösung der Militärblöcke auch in naher Zukunft würde ein Risiko für die friedliche Koexistenz der bestehenden Gesellschaftssysteme bedeuten und die Bemühungen zum Abbau von Mißtrauen und Aggressionen erschweren. Auch die Sowjetunion hält im Grunde an der Aufrechterhaltung dieser Blöcke fest und sieht in ihnen auch in der Zukunft die Garanten aller Friedens- und Einigungsbestrebungen. Auf diesen Punkt soll an dieser Stelle einmal hingewiesen werden.

Töricht und von einer falschen Einschätzung der Weltlage ausgehend sind daher Forderungen nach der Auflösung der NATO. Nicht sicherer würde dadurch die Welt, sondern das mühsam erreichte und aufrechterhaltene Gleichgewicht würde als Brücke der Verständigung und der Kooperation, um die in internationalen Verhandlungen gerungen wird, zerstört. Wer wirklich Frieden bewahren und mehr Entspannung erreichen will, muß deshalb die Grundlagen erhalten und die Kräftefelder ausgewogen gestalten. Die Abgrenzung der Linien und der eigene feste Standort nur lassen eine richtige Einschätzung der Lage auch für die andere Seite zu. Sie aber ist Voraussetzung für einen Erfolg auf dem steinigen Weg zu einem gefestigten sicheren und friedlichen Nebeneinander der Völker. Wenn wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir es zum großen Teil diesem Bündnis zu verdanken haben. (-/8.4.1974/ka/pr)

+ + +

Die Unvernunft des Fußball-Bundes

Wollen die DFB-Funktionäre gar keine Beziehungen zur DDR ?

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Jedem, der politische Verantwortung trägt oder an der Spitze einer Organisation steht, muß das Recht zugestanden werden, von seinem Amt zurückzutreten. So gesehen wäre der Verzicht des bisherigen Präsidenten des Deutschen Sportbundes (DSB), Dr. Wilhelm Kregel, kein ungewöhnlicher Vorgang. Die Umstände und die Haltung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verleihen der Demission des in seiner persönlichen Haltung konsequenten Juristen aber einen schalen Beigeschmack. Kregel hat offenbar erkannt, daß die jetzt deutlich gewordene Position der Führung des Deutschen Fußball-Bundes sämtliche erreichten Fortschritte in den innerdeutschen Sportbeziehungen gefährden kann. Insofern scheint die Erklärung von Dr. Kregel zutreffend, daß er sich durch die ablehnende Haltung des DFB im Zusammenhang mit der Vereinbarung der beiden deutschen Sportbünde desavouiert und brüskiert fühle. Außerdem will der mitgliederstärkste Fachverband, der DFB, am 24. Mai in Essen nicht mehr für Dr. Kregel, sondern für den nordrhein-westfälischen Innenminister und Landessportbund-Vorsitzenden Willi Weyer als neuen Präsidenten des DSB stimmen. Bei den Wahlen zum DSB-Präsidium 1970 in Mainz votierten die Fußballvertreter noch geschlossen gegen Weyer und für Dr. Kregel, für den nach seinen eigenen Worten der "Vorgang Deutscher Sportbund" jetzt abgeschlossen ist.

Man könnte das noch als sog. Verbandsquerelen abtun, wenn nicht durch den DFB-Beirat eben eine prekäre Lage in den innerdeutschen Sportbeziehungen geschaffen worden wäre, die ihre Grenzen nicht im Organisationsbereich des DSB findet. Bedenklich, eigenmächtig und unverantwortlich sind ganz sicher nur beschäldene Bemerkungen für das Verhalten des Fußball-Bundes, der offenkundig nicht nur seinen Dachverband DSB, sondern auch den Verhandlungspartnern des Deutschen Sportbundes, den Deutschen Turn- und Sportbund der DDR, und die sportpolitisch Verantwortlichen im Bundestag und der Bundesregie-

8. April 1974

rung seit langer Zeit im unklaren über die Beteiligung am innerdeutschen Sportverkehr gelassen hat.

Zweimal vor und viermal nach Unterzeichnung des Verkehrs- und Grundvertrages hat der Deutsche Fußball-Bund den Deutschen Sportbund mit dem Deutschen Turn- und Sportbund verhandeln lassen. Schon aus dem am 2. Juli 1970 vom DSB in Halle/Saale vorgelegten Konzept zur Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen ging eindeutig hervor, daß auch eine förmliche Vereinbarung nicht ausgeschlossen wurde. Die Erklärung von Dr. Kregel, die Verhandlungen mit dem DTSB seien mit Wissen und Billigung der Mitgliedsorganisationen geführt worden, erhält zusätzliches Gewicht durch die Tatsache, daß das Präsidium des DSB inzwischen ähnliche Vereinbarungen mit den kommunistisch-sozialistischen Sportorganisationen von Polen und Jugoslawien getroffen hat und mit der UdSSR anstrebt. Auch gegenüber den zuständigen Gremien des Bundestages oder der Bundesregierung haben die Fußballfunktionäre niemals ihren Wunsch geäußert, mit ihrem Verband nicht in eine Vereinbarung und den Veranstaltungskalender der beiden deutschen Sportbünde einbezogen zu werden.

Hier drängt sich einerseits der Anschein überzogener verbandspolitischer Machtdemonstration auf, andererseits gibt man möglicherweise der DDR-Sportführung Gelegenheit, ihren vereinbarten Beitrag zur Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen zunächst nicht erfüllen zu können. Beim Deutschen Fußball-Bund dürfte inzwischen Klarheit darüber bestehen, unter welchen äußeren Bedingungen Sportbegegnungen zwischen den Verbänden, Vereinen und Sportgemeinschaften der beiden deutschen Sportbünde überhaupt möglich sind. Die Alternative kann auf absehbare Zeit nur heißen: Überhaupt keine Sportbeziehungen. Hierzu muß sich der DFB eindeutig erklären.

Die Deutschland- und Ostpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil des eindeutigen Wählerauftrages der Bundestagswahlen von 1972 an die SPD und FDP. Es kann nicht hingenommen werden, wenn durch gesellschaftspolitische Unvernunft die Bestrebungen um eine Verbesserung der Jugend- und Sportbeziehungen zur DDR als bedeutende Elemente des Normalisierungsprozesses durch einzelne Funktionäregruppen auf das Äußerste gefährdet werden.

Im Übrigen richtet sich die derzeitige Haltung des Deutschen Fußball-Bundes eindeutig gegen die Interessen der Vereine und Sportgemeinschaften in beiden deutschen Staaten.

(-/8.4.1974/ks/pr)

+ + +

SPD Hessen-Süd formiert sich zum Kampf

Praktizierte Solidarität hilft die Wahl gewinnen

Der Zwang der Ereignisse treibt die Sozialdemokraten zusammen. Der Schock der Wahlniederlagen hat auch dort aufgerüttelt, wo man in der Unberührtheit der Erbhofgefühle zu oft gegen das Kardinalgebot für demokratische Parteien gesündigt hat, dem Volk stets aufs Maul schauen zu müssen, um nicht am Volk vorbeizudenken und vorbeizureden und so den Boden unter den Füßen zu verlieren. Die Quittungen für solches läßliches Verhalten sind, man habe ja schmerzlich genug erlebt, verlorene - wenn nicht vergebene - Wählerstimmen, verlorene Rathäuser, verlorene Ministeresseln und Würden, diese Erfahrung sollte der SPD denn doch erapart bleiben, verlorene Regierungsführungen sein. Allmählich wirds selbst dem Unbefangendsten und, sagen wir rund heraus, Unbedarftesten klar, daß solche Verluste auch Einbußen über längere Dauer sein dürften und nur auf langen, steinigen und steilen Straßen Schritt für Schritt zurückgewonnen werden können. Der Verlust des Vertrauens des Wählers ist ein Verlust zum Quadrat.

Der Parteitag des SPD-Bezirks Hessen-Süd stand spürbar unter der Pressure dieser Erkenntnisse. Man löge sich in die Tasche und machte sich der gefährlichen Sünde des Verkleisterns schuldig, behauptete man, alle Delegierten in Alsfeld wären auf dem gleichen Erkenntnisstand gewesen. Aber die Bezirksführung fand bereitwilliges und zukommendes Verständnis genug bei einer großen Mehrheit auch der Jungen, die in Süd-Hessen mehr noch als in anderen Parteibereichen in die oft sehr breiten Lücken eingerückt sind, die die "Alten" als natürliche Generationenfolge oder in läßlicher Resignation geräumt haben, ohne, in diesem letzteren Fall, rechtzeitig für die existenziell notwendige Kontinuität gesorgt zu haben. Dort, wo sie - im gesamten Parteiraum - hinausgedrückt, sozusagen vertrieben wurden, gelten andere Kategorien, die keinen erfreuen können.

Albert Dörmald, Bezirksvorsitzender in Hessen-Süd und Ministerpräsident des ganzen Hessenlandes dazu, wurde mit großartiger Mehrheit wieder

8. April 1974

in sein Parteiamt gewählt; er bekam die höchste Stimmenzahl seit 1967: wenn man will, ein weit über Hessen-Süd und Hessen hinaus vernehmbares Signal für praktizierte Solidarität. Albert Oeswald ist kein "Linker", wie es viele der Frauen und Männer sind, die mit ihm im neuen Bezirksvorstand sitzen. Er sagte, daß Hessen-Süd "schon immer links" gewesen sei. Sie fühlen sich in diesem Parteibereich als Pioniere auf einem Entwicklungsweg, auf dem, so hoffen sie, das Volk ihnen in der erforderlichen Mehrheit folgen werde, weil der Wert und die Würde der Arbeit das erfordern, wenn sie lebenswert in Freiheit und Mitbestimmung sein sollte. Die Sorge beunruhigt etwas, daß zwischen dem angeleuchteten großen Ziel und dem erst einmal heute zu meistern den bedrückenden Alltag die Spanne vielleicht zu groß sein könnte, als daß sie das Volk, der souveräne Wähler gedanklich schnell und ausreichend genug zu überbrücken und bei der Stimmabgabe auch auszufüllen vermöchte.

Nun: Süd-Hessens Sozialdemokraten sind, nicht zuletzt tief beeindruckt durch Willy Brandts Zehn-Punkte-Programm, entschlossen, ihren Weg in Solidarität - im Nehmen und im Geben! - zu gehen, um dem Wähler Vertrauen abzuverlangen: in die Leistung und in das Zusammenstehen, das allein auf die Dauer wirkliche Leistungen ermöglicht. Alsfeld sollte und wollte also Zuversicht geben und fordern. Die Bundesspartei wünscht Albert Oeswald und seiner Crew den Erfolg, den sie beanspruchen dürfen. Angesichts einer alternativlosen, in die konservativ-reaktionäre Deutschnationalisierung zurückfallende CDU sollte der progressiven Hessen-Bevölkerung die Wahl nicht schwarzfallen. Wenn Hessens Sozialdemokraten alle ihre Stammwähler mobilisieren und ihren Zustrom aus allen anderen Schichten und Gruppen vervielfachen, müßte es ihnen weiß Gott gelingen, die Landtagwahl am 27. Oktober zu gewinnen.

Erhardt Eckert
(-/8.4.1974/bgy/ee)

+ + +